

# Der Sächsische Erzähler

Tageblatt für Bischofswerda

Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk



Neukirch und Umgegend

Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten

Verlagspreis: Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Druckpreis einschließlich der Postgebühren 1 Pf. 50. Einmalnummer 10 Pf. (Einschluß des Postgebührens). Im Jahr 1940: 180 Pf. (Einschluß des Postgebührens). Der Sächsische Erzähler ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Landrates zu Bauhen und der Bürgermeister zu Bischofswerda und Neukirch (Lausitz) behördlicherseits bestimmte Blatt und enthält ferner die Bekanntmachungen des Finanzamts zu Bischofswerda und anderer Behörden.

Verlagspreis: Die halbjährliche Mithraszeitung 6 Pf., im dreimonatigen Kapital Mithraszeitung 3 Pf. 50. In den Auslandspostgebühren, die dem Bestellen der Mithraszeitung beizufügen sind, sind die Postgebühren für die Mithraszeitung 1 Pf. 50. — Postgebühren Dresden Nr. 1971. Stadtdirektion Bischofswerda Nr. 364. — Druck und Verlag von Friedrich Wieg in Bischofswerda.

Nr. 65

Sonnabend, den 16. März 1940

95. Jahrgang

## Festtag in Prag — Truppenparade auf dem Wenzelplatz

Prag, 15. März. Der erste Jahrestag der Errichtung des Protektorats Böhmen und Mähren wurde durch ein großes Fest auf dem Wenzelplatz in Prag gefeiert. Am historischen Wenzelplatz, dem traditionellen Paradeplatz Prags, trafen sich in den frühen Morgenstunden eine große Menschenmenge zusammen, um dem Vorbeimarsch der in Prag stationierten Truppen beizuwohnen. Die Häuser des Wenzelplatzes trugen Festschmuck. Neben den vielen Festschmuckträgern sah man zahlreiche Fahnen in den Farben des Protektorats. In der Mitte des Platzes war eine Ehrentribüne errichtet, überreicht von der Reichswehrflagge und flankiert von zwei Säulen aus vergoldetem Eisen. Die Tribüne war mit Fahnen und Wappensteinen versehen. Die Tribüne war von zwei Säulen aus vergoldetem Eisen flankiert, hinter dem sich viele Tausende von Deutschen und Tschechen aufgestellt hatten.

## Tschechischer Beitrag zum Sieg des Reiches

Festigung der tschechischen Nationalen Gemeinschaft in Prag  
Prag, 15. März. Anlässlich des Jahrestages der Gründung des Protektorats Böhmen und Mähren trat der Ausschuss der tschechischen Nationalen Gemeinschaft am Freitag um 10 Uhr im ehemaligen Parlamentsgebäude zu einer Plenarsitzung zusammen. Der Leiter der Nationalen Gemeinschaft, Josef Rebecky, gab hierbei eine Erklärung ab, in der er den zurückgestellten Verlauf des ersten Jahres seit Errichtung des Protektorats würdigte und den Willen des tschechischen Volkes zum Ausdruck brachte, durch Anspannen aller Kräfte an der Festigung des Reiches mitzuwirken.

## Die Front kämpft — die Heimat opfert

Wir wollen der Reichsverteidigung alle entbehrlichen Gegenstände aus Kupfer, Bronze, Messing, Zinn, Blei und Nickel in nationalsozialistischer Opferbereitschaft zur Verfügung stellen. Diese freiwillige Spende soll das Geburtstagsgeschenk sein, das die deutsche Nation dem Führer zum 20. April darbringt. Gebe jeder Volksgenosse hierzu freudig seinen Beitrag! Er hilft damit dem Führer in seinem Kampf um Deutschlands Freiheit.  
Göring, Generalfeldmarschall

Reichsprotector Freiherr v. Neurath, der kurz vor 11 Uhr mit seiner Gattin eintraf, wurde mit brausenben Heirufen begrüßt. Auf der Ehrentribüne hatten sich zahlreiche Gäste eingefunden, u. a. der Wehrmachtvollmachtigte beim Reichsprotector in Böhmen und Mähren, General der Infanterie Friedrich H. Gruppenführer Staatssekretär R. S. Franz, Bauleiter und Reichsstatthalter Konrad Benlein, der Regierungspräsident von Aussig, H. Oberführer Hans Krebs, der Kreisleiter von Prag und viele hohe Vertreter der Wehrmacht, der Partei und des Staates. Von tschechischer Seite nahmen an der Truppenparade Staatspräsident Dr. Dacha in Begleitung des Generalinspektors der tschechischen Regierungstruppe, General Emingier, und General Babian, teil. Zur Parade waren Mannschaften der Wehrmacht, der Luftwaffe, der Polizei und der H. angetreten. Unter den Klängen des Präsentiermarsches und während eine Reihe von Flugstaffeln über den Wenzelplatz hinwegbrannten, setzten sich die angetretenen Truppenabteilungen in Bewegung und marschierten, geführt von Oberst von Briesen, an der Ehrentribüne vorbei, wo Reichsprotector Freiherr von Neurath die Parade abnahm.

„Gerade in diesem Augenblick“, fuhr Rebecky fort, „wissen wir das große patriotische und staatsmännliche Wert unseres Volkes zu schätzen, das dazu geführt hat, daß das tschechische Volk inmitten aller Ereignisse in absoluter Einheit dasteht und vor allem Geld und Unglück geschützt ist. Das Volk hat sich bringen. Das Beispiel Polens erhebt sich als warnender Beweis des Mangels an politischer Verantwortung derjenigen, die mit dem Schicksal des eigenen Volkes spielen.“ In der Staatspräsident hat erklärt, daß das Reich mit vollem Recht die Voraussetzungen für seinen Sieg hat. Auch das tschechische Volk bringt in diesem Kampf seinen Beitrag. Es trägt zum Sieg des Reiches dadurch bei, daß es für die kämpfende Wehrmacht des Reiches unter Anspannung aller Kräfte und Arbeitsfähigkeiten ein sicheres und ruhiges Hinterland hat. Unsere Helfer sind und werden bis zur letzten Scholle bebaut. Unser Arbeiter tut vorbildlich seine Pflicht und verbietet keine Leistungen.

dem Gebiet des Gemeindefens geleistet habe, gut und richtig gewesen sei, und daß die Gemeinden und Gemeindeverbände selbst die Bewehrungsprobe des Krieges bisher in vollem Umfang bestanden hätten. Wenn schon heute diese erfreuliche Zwischenbilanz gezogen werden könne, so sei dies im wesentlichen auf drei Umstände zurückzuführen: Der nationalsozialistische Staat habe die sieben Jahre des Friedensaufbaues dazu benützt, um in der Ebene der Gemeinden und Gemeindeverbände die Organisationsform zu entwickeln, die auch in Zeiten schwerster Belastung für eine reibungslose Umstellung und eine erfolgreiche Tätigkeit der Gemeindeverwaltung Gewähr leiste. Die deutsche Gemeindeordnung erweise sich heute als ein Instrument, das schnelle und tatkräftige Entscheidung sichere und dabei die Fühlung mit der Bevölkerung nicht verlorengehen lasse. Der zweite Aktposten, mit dem die Gemeinden und Gemeindeverbände in den Krieg eingetreten seien, sei ihre im Durchschnitt völlig geordnete Finanzlage gewesen, die nach dem Zusammenbruch vor der Nachübernahme in den verfallenen sieben Jahren mit allen geeigneten Mitteln herbeigeführt worden sei. Der Erfolg dieser Politik gestalte es den Gemeinden und Gemeindeverbänden nicht nur, die ihnen zufallenden Kriegsaufgaben mitzufinanzieren, er ermöglichte es auch, die gemeindliche Finanzkraft heute in erheblichem Umfang in den Dienst der Kriegswirtschaft des Reiches zu stellen. Zuletzt sei es in den Jahren des Aufbaues gelungen, für die Stellen der Bürgermeister, der Landräte und der Beigeordneten nach und nach die Persönlichkeiten einzufinden, deren Vorhandensein letzten Endes für die Kriegsbewehrung der Verwaltung ausschlaggebend sei. Der Minister ging dann auf die Entwicklung der Finanzlage der Gemeinden und Gemeindeverbände ein, betonte hierbei, daß es seine vornehmste Sorge sei, darauf zu achten, daß die Finanzwirtschaft der Gemeinden und Gemeindeverbände trotz aller Anspannung in Ordnung bleibe und daß das Opfer, das auch die kommunalen Körperschaften bringen müßten, nicht zu einer untragbaren Belastung führe.

Anschließend verweilte der Reichsprotector noch einige Zeit in angeregtem Gespräch mit Staatspräsident Dacha auf der Tribüne. Bei der Abfahrt zur Burg waren Reichsprotector Freiherr von Neurath und Staatspräsident Dacha erneut Gegenstand herzlicher Begrüßung.

„Gerade in dieser Zeit zeige sich der Geist des tschechischen Volkstums, der überall wirke, wo der Rhythmus der Arbeit klinge. In das zweite Jahr seiner heutigen staatsrechtlichen Stellung gehe das tschechische Volk erfüllt von dem Glauben an seine historische Mission, deren Erfüllung geschleunigt sei durch die nationale Ehre, Kultur, Arbeit und Boden.“

Zusammenfassend stellte der Minister fest, daß die in der Zwischenzeit getroffenen Maßnahmen auf finanziellem Gebiet im großen und ganzen die befürchteten Fehlbeträge für das Rechnungsjahr 1939 beseitigten und den Ausgleich der Haushaltspläne für 1940 im allgemeinen ermöglichen würden.

## Die kommunalpolitischen Richtlinien der NSDAP.

### Reichsarbeitsstagung des Hauptamtes für Kommunalpolitik

Kattowitz, 15. März. Die Reichsarbeitsstagung des Hauptamtes für Kommunalpolitik der NSDAP, die vom 15. bis 17. März in Kattowitz durchgeführt wird, wurde am Freitagvormittag im feierlich geschmückten Stadtheater mit einer kommunalpolitischen Rundgebung des Hauptamtes Schlesien für Kommunalpolitik eingeleitet. Auf die Bedeutung der Reichsarbeitsstagung ging Reichsleiter Fiebigler ein. In erster Linie sei sie, so erklärte er u. a., dazu berufen, die Richtlinien für den kommunalpolitischen Einsatz der Partei festzulegen und den in der Verwaltung beschäftigten Männern das Rüstzeug für ihre weitere Arbeit zu geben.

nahezu 40 Prozent ihrer Reineinnahmen ausschließlich für die persönliche Bereicherung der polnischen Staatsführung habe opfern müssen, so würden die Einnahmen der Monopolverwaltung fast ausschließlich dem Volk zugute kommen.

### „Nationalsozialistische Rechtspolitik und Verwaltung“

Das erste Hauptreferat hielt Reichsminister Generalgouverneur Dr. Franz über „Nationalsozialistische Rechtspolitik und Verwaltung“. Er ging dabei von seiner Tätigkeit im Generalgouvernement aus. Letzteres ist, so führte Dr. Franz u. a. aus, ein großer Selbstverwaltungsbereich, der unmittelbar unter dem Führer stehend, eine geschichtliche Aufgabe zu erfüllen hat. In Polen war eine Regierung ohne Volk, ein Volk ohne Regierung. Beide aber, Regierung und Volk in Polen, waren ohne geschichtliche Berufung, einen eigenen Nationalstaat aufzurichten. Die polnische Regierung hat ihr eigenes Volk nur als Figur gewertet, mit der man das persönliche Spiel treiben konnte. Diese Regierung hat dann auch ihr Volk in der Stunde der Not schmählich verlassen. Was sich an Korruption überhaupt nur denken läßt, in Polen war es zu Hause. Überall Verfallerscheinungen demokratischer Defizienz. Diese Regierung, die unter dem deutschen Schwert elendig zusammenbrach, ist ein typischer Repräsentant jener Mentalität, die heute noch in dem sogenannten Weltkriegs-England und in der sogenannten freien Republik Frankreich herrscht.

### „Gemeindeverwaltung im Kriege“

An die deutschen Bürgermeister, Beigeordneten und Gemeindebeamten allgemein gewandt, stellte der Minister fest, daß die sechs verfallenen Kriegsmomente den Beweis dafür erbracht hätten, daß die Arbeit, die die nationalsozialistische Staatsführung nach der Nachübernahme auf

### Das polnische Volk wird so gut regiert wie noch nie

Zur letzten Vage im Gouvernement unterstrich Dr. Franz: „Wir wollen dem polnischen Volk seine natürlichen Rechte nicht nehmen. Das Gouvernement ist vom Führer bestimmt, diesem polnischen Volk eine Heimstätte zu sein. Die Führung aber in dieser Heimstätte hat Deutschland.“ Auf Probleme der Verwaltung und ihre Neuformung eingehend, stellte Dr. Franz die Einheit der Verwaltung unter der starken politischen Führung von Persönlichkeiten als Beauftragte des Führers in den Vordergrund. In seinen Schlussausführungen erörterte er noch einige Verwaltungsrichtungen im Generalgouvernement. Dori werde eine nationalsozialistische Wirtshaft aufgerichtet. Es werde vor allem dafür gesorgt, daß die Ernährung der Bevölkerung und ihre Betreuung sichergestellt sei. Wie der deutsche Soldat im Osten mit dem Einsatz seines Lebens die Ruhe gewährleisten, so sei der polnische Soldat nunmehr berufen, da drüben die Reichsordnung aufzustellen. Dabei werde das polnische Volk so gut, so sauber regiert werden wie noch nie. Wenn die polnische Monopolverwaltung früher

## Zunehmende Beunruhigung in Paris

### „Wir müssen neue Schlachtfelder suchen“

BRÜSSEL, 15. März. Die Pariser Nachmittagsblätter unterstreichen die zunehmende Beunruhigung, die in französischen politischen Kreisen im Anschluß an die Unterzeichnung des Friedensvertrages zwischen Rußland und Finnland herrscht. Der Abschluß dieses Friedensvertrages, so schreibt der offiziöse „Temps“ in seinem Leitartikel, bedeute für Frankreich und England einen charakteristischen Mißerfolg. Zweifellos hätten sie keine militärische Niederlage erlitten, so tröstet sich das Blatt, denn sie hätten ja nicht effektiv in Finnland gekämpft, aber diplomatisch und moralisch betrachtet, siehe die Niederlage außer Zweifel. Der Leitartikel ist der Ansicht, daß dieser Mißerfolg eine Lehre sein müsse, die Frankreich zu einer neuen Überprüfung der Vergangenheit und dessen führen müsse, was es in Zukunft zu tun gedenke. Die Frage der allgemeinen Kriegsführung werde hiermit aufgeworfen. Nach der finnischen Angelegenheit dürfe die Lösung nicht länger hinauszogeschoben werden.

## Luftaufklärung über Ostfrankreich und der Nordsee

### Britisches Vorpостenfahrzeug versenkt

Berlin, 16. März. (Eig. Funkm.) Das Oberkommando der Wehrmacht gibt bekannt: Im Westen keine besonderen Ereignisse. Die Luftwaffe härtete über Ostfrankreich und der gesamten Nordsee auf. Hierbei wurden britische Vorpостenfahrzeuge angegriffen. Eines derselben wurde versenkt, ein anderes schwer beschädigt.

## „Anderstwo Schlachtfelder suchen!“

### Die „Turgauer Zeitung“ zu den Kriegsausweitungsversuchen der Plutokratie

Bern, 16. März. In dem Artikel des Pariser „Temps“ der davon spricht, daß mit einer von juristischen Experten bestimmten Politik nichts zu erreichen sei, und daß die Westmächte jetzt dazu übergehen müßten, sich dort ihre Schlachtfelder auszuwählen, wo sie ihre militärischen Mittel entfalten können, läßt sich die „Turgauer Zeitung“ aus Paris berichten, daß antiker-

Die Entente müsse in Zukunft überall sein, sie müsse überall eingreifen (ah!), wo es möglich sei, und sie dürfe vor ihrer Initiative zurücktreten. Sie müsse Schlachtfelder (!) suchen, die es ihr erlaubten, ihre militärischen Streitkräfte zu entwickeln. Die Entente dürfe nicht mehr zögern, sie müsse den Krieg gegen alle (!) ihre Feinde führen und gewisse Neutrale davon überzeugen, daß es weder juristisch noch moralisch einem freigelegenden Staat verboten sei, sich unter Umständen einem ihnen gegenüber der Waffen zu bedienen. Die Wahrung der Völkerehre dürfe nicht dazu führen, die Verteilung zu lähmen.

Das „Journal des Debats“ ist der Ansicht, daß Daladier seit sechs Monaten nicht die nötige Handlungsfreiheit gehabt habe.